

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom Dienstag, 30. Januar 2001

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer
Schriftführerin: Schamberger

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, stellv. Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Dr. Luther, Platzer, Portenlänger, Seidinger und Will sowie die Stadträte Abinger, August, Berberich, Geislinger, Heilbrunner, Krug, Lachner, Mühlfenzl, Ostermaier, Reischl, Riedl, Schechner, Schuder, Schurer und Spötzl.

Von der Verwaltung waren anwesend Frau Pfleger und Frau Schamberger

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

TOP 1

Laufinger Allee;
a) Vorstellung der Planung
b) Reihung der anstehenden Kanalbaumaßnahmen

öffentlich

Dieser TOP wurde i. d. Sitzung des Technischen Ausschusses vom 09.01.2001, TOP 10 vorberaten.

Bürgermeister Brilmayer berichtet einfühend über den sehr guten Kanalanschluss im Stadtbereich Ebersberg. Derzeit sind 90 % der Haushalte angeschlossen. Ein weiterer Ausbau des Kanalnetzes ist im Bereich der Laufinger Allee geplant, da dieses Gebiet bislang nicht an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen ist. Das Schmutzwasser soll in das öffentliche Kanalnetz abgeleitet werden. Die derzeitige Regenwasserbehandlung (Versickerung) soll unverändert beibehalten werden. Das Gebiet beinhaltet landwirtschaftliche Anwesen, die Straßenmeisterei und die Landwirtschaftsschule sowie mehrere Einzelhäuser.

Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Anwendung des Trennsystems als wirtschaftlichste Lösung. Bei dieser Entwässerung kann der Sammler die geringe, aus reinem Schmutzwasser bestehende Wassermenge aufnehmen. Das anfallende Regenwasser und evtl. das Oberflächenwasser aus angrenzenden Außengebieten würde bei diesem System wie bisher versickern. Die vorgeschlagene Trassenführung würde entlang der Laufinger Allee verlaufen, bis zur Bahnlinie und von dort entlang des öffentlichen Feld- und Waldweges mit der Bezeichnung „An der Bahn“ zur Kläranlage. Durch diesen Verlauf könnten später andere Außengebiete wie z. B. Oberlaufing leicht angeschlossen werden.

Fragen aus der Mitte des Stadtrates betreffend der Zuwendungsfähigkeit wurden von Herrn Bürgermeister Brilmayer wie folgt beantwortet:

Der Kostenpunkt für die Ausführung liegt bei ca. 1 Mio. Die genaue Höhe der Zuschüsse ist ungewiss. Maximal sind 85 % der Kosten zuschussfähig.

In den kommenden Jahren könnten im Kanalbereich folgende Projekte verwirklicht werden:

HH 2001: Projekt Regenüberlaufbauwerk

	Ausführung Laufinger Allee Ausführung Tektur „ Am Priel“ Kanalsanierung und TV-Befahrung
HH 2002:	Ausführung Regenüberlaufbauwerk BA 1 Hochwasserrückhaltung Ebrach-Weiherkette Kanalsanierung
HH 2003:	Projekt Vorder-, Hintereggburg BA 2 Hochwasserrückhaltung Ebrach-Weiherkette Kanalsanierung
HH 2004:	Ausführung Vorder-, Hintereggburg Kanalsanierung

Einstimmig mit 25: 0 Stimmen beschloss der Stadtrat die Ausführung der Kanalbaumaßnahme „Laufinger Allee“ ,wie vom Technischen Ausschuss empfohlen, vorzunehmen.

Des weiteren stimmte der Stadtrat mit 25:0 Stimmen der vorgeschlagenen Reihung der anstehenden Kanalarbeiten zu.

TOP 2

11. Flächennutzungsplanänderung – Laufinger Allee

öffentlich

Dieser TOP wurde i. d. Sitzung des Technischen Ausschuss vom 12.12.2000, TOP 6 vorberaten.

Bürgermeister Brilmayer informiert über den Sachstand:

Das Landratsamt weist erneut auf die bereits mit Schreiben vom 18.07.2000 vorgebrachten Bedenken hin und stellt nochmals klar, dass die beabsichtigte Bebauung eine Fehlentwicklung ist. Die Laufinger Allee sei eine stark exponiert liegende Außenbereichssiedlung, die sich spornartig in einen ökologisch sensiblen Talraum hinein schiebt, der sonst von jeglicher Bebauung frei sei. Aufgrund der steilaufragenden Hangsituation mit weit über 12 % Neigung träte eine zweite Hangbebauungszeile deutlich über die bestehenden Häuser vor und verstärke den landschaftlichen Eingriff erheblich. Eine weitere Verbauung der Hangbereich führe zu einer gravierenden Beeinträchtigung des Erlebnis- und Erholungswertes. Auch müsse die Erschließungsstraße nach Osten zum Tal hin mit zwei Garagen überschritten werden, die aufgrund des starkgeneigten Geländes zweigeschossig in Erscheinung treten würden. Die geplante Verdichtung der vorhandenen Bebauung entspreche zwar dem Grundsatz der Schonung von Natur und Landschaft, treffe jedoch in diesem Fall nicht, weil dadurch eine bauliche Fehlentwicklung verstärkt und damit die Beeinträchtigung von Natur und Landschaft erhöht würde. Die geplante Flächennutzungsplanänderung widerspräche den grundsätzlichen Zielen des Regionalplans

Die Stadt wird daher nochmals gebeten ernsthaft zu prüfen, ob hier nicht doch eine landschaftsverträglichere Lösung, z.B. durch eine Erweiterung der vorhandenen Gebäude, möglich ist. Aufgrund der negativen Stellungnahme wurde die Angelegenheit am 06.12.2000 unter anderem auch mit dem zuständigen Juristen im Landratsamt besprochen. Dabei wurde der Stadt deutlich gemacht, dass aufgrund der gegebenen Situation eine Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung nicht zu erwarten sei. Seitens des Landratsamtes wurde jedoch angeboten, die bereits im Schreiben erwähnten Anbauten wohlwollend zu beurteilen.

Im Hinblick auf die äußerst geringen Chancen eine Genehmigung zu erhalten, wird dem Stadtrat vom Technischen Ausschuss, die Einstellung des Verfahrens empfohlen.

Bürgermeister Brilmayer berichtete dem Stadtrat, dass zwischenzeitlich bereits eine Lösung in Form von Anbauten gefunden wurde, die über eine Genehmigung nach § 35 BauGB verwirklicht werden könnte.

Einstimmig mit 25: 0 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Technischen Ausschusses, das Flächennutzungsplanänderungsverfahren aufgrund der sehr geringen Erfolgsaussichten einzustellen.

TOP 3

15. Flächennutzungsplanänderung – südlich Kolpingstraße

hier: Einleitungsbeschluss

öffentlich

Dieser TOP wurde i. d. Sitzung des Technischen Ausschusses vom 24.10.2000, TOP 4 vorberaten.

Bürgermeister Brilmayer berichtete, dass zwischen der Stadt Ebersberg und den Erben von Frau Rothdäuscher am 29.06.1990 ein Vertrag geschlossen wurde, wonach die Stadt Ebersberg bis zum 29.06.2005 für o.g. Grundstück Baurecht geschaffen haben muss. Sollte die Stadt dieser Verpflichtung nicht nachkommen, müsste sie eine Ausgleichzahlung leisten.

Die Schaffung des Baurechts für Grundstück FINr. 632 könnte durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes verwirklicht werden. Es wäre jedoch ein möglichst frühzeitiger Planungsbeginn sinnvoll, da das Grundstück durch die angrenzende Bahnlinie im Osten und den Abenteuerspielplatz im Süden belastet wird. Zudem schließt es an eine relativ hohe Bebauung in der nördlich gelegenen Kolpingstraße an und würde den Ortsrand von Ebersberg erweitern.

Dies könnte u.U. zu schwierigen und zeitaufwendigen Verhandlungen führen, wodurch sich die Planungsarbeiten für den Bebauungsplan erheblich verzögern würden.

Dieses Grundstück ist im Flächennutzungsplan als Gemeinbedarf dargestellt. Der hier ursprünglich geplante Kindergarten wurde jedoch im Eggerfeld gebaut. Es wurde deshalb vorgeschlagen, den Flächennutzungsplan dahingehend zu ändern, dass das Grundstück FINr. 632 nicht mehr als Gemeinbedarf, sondern als Wohnbaufläche dargestellt wird. Somit wäre die Voraussetzung für die Aufstellung eines Bebauungsplanes, der eine Wohnbebauung zulässt, geschaffen

Die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes könnte dann im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Einstimmig mit 25: 0 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Technischen Ausschusses, den Einleitungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes für das Grundstück FINr. 632 Gmkg. Ebersberg, zu fassen.

TOP 4

Straßennamen Gewerbepark Ost

Öffentlich

Dieser TOP wurde i. d. Sitzung des Technischen Ausschusses vom 09.01.2001, TOP 13 vorberaten.

Bezüglich der Erschließungsstraße für den Gewerbepark Ost wurde dem Stadtrat vom Technischen Ausschuss der Straßename „Gewerbepark Nord-Ost“ vorgeschlagen.

Bürgermeister Brilmayer äußerte sein Unbehagen über den Vorschlag und bat den Stadtrat nochmals darüber zu beraten und schlug den Namen Reiter Gassl vor.

Aus der Mitte des Stadtrates kamen folgende Vorschläge: Reiter Straße, Am Reiter Gassl, Poinger Straße.

Es wurden Meinungen geäußert, dass Reiter Gassl sowie die vorgeschlagenen Varianten für ein Gewerbegebiet nicht passend sind und der Name Gewerbepark Nord-Ost funktional und unter Einbeziehung der geographischen Lage schlüssig ist.

Es wurde aber auch die Meinung vertreten, dass der Name Reiter Gassl insoweit Vorteile hätte, da er jedem Ortsansässigen bekannt ist.

Nach eingehender Beratung wurden die Vorschläge Reiter Straße und Am Reiter Gassl zurückgenommen.

Der Stadtrat beschloss mit 15:10 Stimmen entsprechend dem Vorschlag des Technischen Ausschusses, der Erschließungsstraße im Gewerbepark Ost den Namen „Gewerbepark Nord-Ost“ zu geben.

TOP 5

Straßenumbenennung Thailinger Str.

Öffentlich

Dieser TOP wurde i. d. Sitzung des Technischen Ausschusses vom 14.11.2000, TOP 14 vorberaten.

Bürgermeister Brilmayer informiert:

Die Deponie Schafweide, in der ein Verwaltungs- und Sozialgebäude des Landkreises mit einer Hausmeisterwohnung steht, bekam von der Stadt Ebersberg die Straßenbezeichnung „Thailinger Straße“. In einem Schreiben vom 19.09.00 teilte uns Freiherr von Feury mit, dass es ständig zu Verwechslungen mit dem „Gut Thailing“ kommt.

Aus diesem Grund wurde vorgeschlagen, die Thailinger Straße in „An der Schafweide“ umbenennen. Es wäre in diesem Fall nur das Verwaltungs- und Sozialgebäude mit der Hausnummer 2 betroffen.

Einstimmig mit 25: 0 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Technischen Ausschusses, die Umbenennung der „Thailinger Straße“ in „An der Schafweide“ zu.

TOP 6

Behandlung der Anregungen aus der Bürgerversammlung

Öffentlich

Frau Pfleger stellte einleitend fest, dass in der Bürgerversammlung nur Anfragen und keine Anträge gestellt wurden und führte weiter aus:

1. Anfrage: Gefährliches Überqueren der Staatsstraße 2080 am Endpunkt des Radweges; Forderung einer Geschwindigkeitsbeschränkung

Bürgermeister Brilmayer beantwortete bereits die Anfrage in der Bürgerversammlung. Die Staatsstraße liegt im Zuständigkeitsbereich des Straßenbauamtes. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung wäre weder ausreichend noch sinnvoll. Es ist zu überlegen, ob eine Verlegung des Endpunktes an eine übersichtlichere Stelle sinnvoll und möglich ist. Ein entsprechendes Schreiben wurde an das Straßenbauamt gerichtet.

2. Mangelhafte Wartung der Straßenbeleuchtung

Zwischenzeitlich besteht eine Vereinbarung mit IAW, dass monatlich an einem festen Termin jeweils montags, die Wartung durchgeführt wird. Mängel, die bis zum vorangegangenen Freitag gemeldet werden, werden auf jeden Fall repariert.

Es ist angedacht u.U. eine direkte Wartung durch Herrn Otto im Auftrag der Stadt durchzuführen und evtl. die Lampen auf doppelte Energiesparleuchten umzurüsten, so dass die Lampen im Normalfall nie komplett ausfallen können.

3. Mähen des Wiesenhanges am Nordufer des Klostersees

Es handelt sich bei dem Hang um ein Biotop, dass in das Programm des Landschaftspflegeverbandes aufgenommen und auch dann betreut werden soll. Künftig wird dieser Hang einmal im Jahr gemäht.

4. Mangelhafte verlegte Fliesen am Bahnhof (Zugang zum Bahnsteig)

Es wurde bereits ein Schreiben an die DB AG mit der Bitte um Behebung der Mängel versandt.

Einstimmig mit 25: 0 Stimmen beschloss der Stadtrat die Anfragen aus der Bürgerversammlung als erledigt anzusehen.

TOP 7

Einzelhandelssituation in Ebersberg;

a) Bericht über die Arbeit des AK

b) weiteres Vorgehen

Öffentlich

Dieser TOP wurde i. d. Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss vom 05.12.2000, TOP 5 vorberaten.

Bürgermeister Brilmayer informierte über die Ergebnisse der Einzelhandelsbefragung vom Juni 2000, die von Prof. Heinritz in der 3. Sitzung des Arbeitskreises Einzelhandel vorgestellt wurden.

Die Auswertung der Flächenerhebung ergab zunächst, dass der Ebersberger Einzelhandel in allen Branchenbereichen ein weitaus geringeres Angebot – gemessen an der jeweiligen Verkaufsfläche – aufweist als vergleichbare Städte, wie z.B. Mindelheim, das bei einer 1,25 x so hohen Einwohnerzahl in beinahe allen Branchen bis zu 6 x so große Verkaufsflächen bietet.

Die Antworten auf den Fragebögen zeigten, dass die Einzelhändler beispielsweise

- | | |
|--|--|
| ➤ die künftige Umsatzentwicklung | relativ positiv, |
| ➤ die künftige Entwicklung des Ebersberger Einzelhandels | eher pessimistisch, |
| ➤ die Erweiterungsmöglichkeiten | als gering |
| ➤ die vorhandenen Parkmöglichkeiten | positiv, |
| ➤ der Branchenmix im Umfeld des betr. Einzelhändlers | relativ schlecht, und |
| ➤ das Passantenaufkommen | gleichermaßen positiv u. negativ beurteilen. |

Insgesamt spiegelt die Befragung eine eher negative Grundstimmung des ansässigen Einzelhandels wieder; allerdings kann positiv verzeichnet werden, dass keine Frontstellung gegenüber der Kommune festzustellen ist. Die Probleme des Einzelhandels liegen eindeutig

nicht im Bereich von fehlender Infrastruktur, wie z. B. Parkflächen, sondern sind eher im zu wenig ausgebauten Branchenmix zu suchen.

Ein enormes Potential liegt hier im Bereich der Verbindung zwischen Bahnhof und Marienplatz, der bei entsprechender Gestaltung ein vielfältiges, aufgrund der Innenstadtlage besonders attraktives Einzelhandelsangebot aufnehmen könnte. Auch die Ansiedelung von Fachmärkten im Außenbereich ist jedoch denkbar, sofern sie nicht Innenstadt schädlich in Bezug auf Standort und Angebot gestaltet werden. Zu empfehlen wäre hier die ortsnahe Platzierung eines Fachmarktzentrums, dessen Lage eine mentale Verbindung mit der Einkaufsstadt Ebersberg erlaubt, und das eine gemeinsame Infrastruktur nutzen kann. Vorrangig sollten die Probleme der Einzelhandelssituation jedoch im Innenstadtbereich gelöst werden.

Mit dem Bau der Südumgehung ist eine starke Nachfrage des Gewerbes nach Standorten entlang der Trasse – vor allem an allen Zufahrtsstraßen – zu erwarten; um hier ungewollten Wildwuchs zu verhindern ist unbedingt schon jetzt die Schaffung eines umfassenden Konzeptes angezeigt.

Unabdingbar ist im Rahmen der Maßnahmenplanung für die Entwicklung des Einzelhandels nach Ansicht von Prof. Heinritz eine Zusammenarbeit mit der Nachbarstadt Grafing, um eine für beide Seiten ungesunde Wettbewerbssituation zu vermeiden. Bürgermeister Brilmayer hat bereits Vorgespräche mit Bürgermeister Heiler geführt und ein weiterer Termin mit Herrn Heiler gemeinsam mit Prof. Heinritz wurde für den 08.02.2001 angesetzt..

Für die Maßnahmenplanung wäre als nächster Schritt die Befragung einzelner repräsentativer Haushalte in Ebersberg und seinem Umland (je 300) notwendig, um das Käuferverhalten und den Branchenbedarf festzustellen. Laut Prof. Heinritz müssten hierfür ca. 20.000,00 DM aufgewendet werden.

Dem Stadtrat wurde vom Umwelt-, Sozial und Kulturausschuss folgendes Vorgehen empfohlen:

1. die Durchführung und Finanzierung der Haushaltsbefragung.
2. In einem weiteren Schritt sollte dann den Ebersberger Einzelhändlern das Ergebnis der Befragung und gleichzeitig ein konkretes Konzept zu möglichen Maßnahmen der Stadt vorgestellt werden. Dabei sollte von Seiten der Stadt klargestellt werden, dass den städtischen Maßnahmen „Leistungen“ der Einzelhändler – wie z.B. Beitritt zur Werbegemeinschaft, Abstimmung der Öffnungszeiten, Gestaltung der Schaufenster etc. – gegenüberstehen müssten.
3. Parallel zur Haushaltsbefragung sollte eine Kontaktaufnahme mit der Stadt Grafing erfolgen, um die Bereitschaft und die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit auszuloten.

Folgende Reaktionen und Informationen traten aus der Mitte des Stadtrates auf:

Ergänzend zu der Ausführung von Bürgermeister Brilmayer wurde erwähnt, dass im Zuge der Einzelhandelsbefragung festgestellt wurde, dass von 70 einbezogenen Geschäften 64 verschiedene Öffnungszeiten bestehen. Es wurde bemängelt, dass die Einzelhandelsbefragung keine neueren Erkenntnisse aufwirft als sie bereits die Umfrage der SPD 1999 ergab. Dies sei auch für die geplante Kundenbefragung zu befürchten. Anstelle dieser Befragung sollte vielmehr das Gespräch mit den ansässigen Gewerbebetrieben gesucht werden, um zu erörtern, was sie von ihrem Einzelhandelsstandort erwarten, und welche Verbesserungsmöglichkeiten schon jetzt umgesetzt werden könnten. Beispielhaft wurden hierbei genannt:

- ◆ Vereinheitlichung und Erweiterung der Ladenöffnungszeiten
- ◆ Ansprechendere Schaufenstergestaltung und –beleuchtung

- ◆ Attraktivere Gestaltung und Vermarktung des Jährlichen Christkindlmarktes
- ◆ Erstellung eines Einkaufsführers

Es wurde bemängelt, dass auf die Veranstaltung des Gewerbeverbandes von 1996 von Seiten des Einzelhandels keine Reaktion erfolgte; gleichzeitig hätte auch der eingesetzte Arbeitskreis zuwenig Dynamik an den Tag gelegt. Es wurde bemerkt, dass der Fragebogen zur Einzelhandelsbefragung wenig Professionalität aufwies und gefragt, ob die Inhalte des Fragebogens zur Kundenbefragung bereits bekannt sind.

Es wurde festgestellt, dass für den Einzelhandel mehr Flächen geschaffen werden müssen. Es soll jedoch darauf geachtet werden, dass die Innenstadtstruktur gefördert wird und nicht der Einzelhandel auf die „grüne Wiese“ soll. Durch die Schaffung des geplanten Einkaufsgebietes zwischen Bahnhof und Marienplatz werden viele neue Möglichkeiten wach und die neu entstehende Konkurrenz mit den bereits bestehenden Geschäften werde den Einzelhandel anregen. Eine Vielzahl der Äußerungen beinhaltete die fragliche Notwendigkeit der Kundenbefragung zum jetzigen Zeitpunkt. Es wurde auch negativ angemerkt, dass kein einziger Vertreter des Einzelhandels sich im Zuhörerbereich befand.

Bürgermeister Brilmayer äußerte sich wie folgt zu den Anmerkungen des Stadtrates:

Er kann nur auf den Einzelhandel zugehen, ihn jedoch nicht zwingen die vorgeschlagenen Veränderungen vorzunehmen. Er halte es jedoch für sinnvoll erst die Kundenbefragung durchzuführen und anschließend eingehende Gespräche mit den Gewerbetreibenden einzuberufen. Die Schaffung von Gewerbeflächen hinsichtlich dem Baurecht ist bereits in Arbeit. Weiter unterbreitete er einen Kompromissvorschlag:

- jetzt Gespräche mit Einzelhandel
- parallel dazu Kundenbefragung in Kooperation mit Grafing durchführen
- weiteres Gespräch mit Einzelhandel nach der Auswertung der Kundenbefragung

Mit 14: 11 Stimmen beschloss der Stadtrat erst Gespräche mit dem Einzelhandel zu führen und momentan die Kundenbefragung auszusetzen, diese jedoch falls nötig zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

Auch die Frage der Erstellung eines Leitbildes wurde erörtert. Der Agendabeirat hatte sich bereits dagegen ausgesprochen.

Einstimmig mit 25:0 Stimmen beschloss der Stadtrat, dass derzeit ein Leitbild für die Stadt nicht erstellt werden soll.

TOP 8

Bündnis für Demokratie und Toleranz;

Beitritt der Stadt

Öffentlich

Bürgermeister Brilmayer berichtete:

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz ist am 23. Mai 2000 durch Bundesinnenminister Schily und Bundesjustizministerin Prof. Dr. Däubler-Gmelin vorgestellt worden.

Es handelt sich um ein ideelles Bündnis, das es sich zur Aufgabe macht, den demokratischen Verfassungskonsens zu bekräftigen und zu erneuern, um einen Gestaltungsprozess, der für Ideen und Initiative offen bleibt, darüber hinaus um eine Möglichkeit des Informationsaustausches und der Verständigung zwischen Initiativen gegenseitigem Lernen und Helfen.

Es soll alle staatlichen, gesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Initiativen und Akteure zusammenführen und durch Aufklärungs- und Medienkampagnen die Öffentlichkeit gegen

politischen Extremismus in seinen unterschiedlichen Ursachen und Zielrichtungen sowie gegen Fremdenfeindlichkeit sensibilisieren.

Das Bündnis wird durch einen Beirat repräsentiert und inhaltlich getragen, dessen Mitglieder hochrangige Persönlichkeiten sind, die in Ihrer Gesamtheit von allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen akzeptiert werden und den überparteilichen Charakter des Bündnisses glaubhaft verdeutlichen.

Ihm zugeordnet ist eine Kleine Geschäftsstelle, die dem Bundesverwaltungsamt in Berlin organisatorisch angegliedert ist.

Die Ziele des Bündnisses sollen erreicht werden durch:

- Entwicklung eines Informationspools über bestehende Projekte und Initiativen
- Über den Anregungen bezogen und Kontakte geknüpft werden können
- Durchführung themenspezifischer Workshops in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, in denen Maßnahmen, z.B. als Form der Selbstverpflichtung erarbeitet werden
- Organisation von Expertenrunden, und öffentlichen Veranstaltungen zu Fortführung des gesellschaftlichen Diskurses zu dem Thema, die ggf. auch in besonderen Problemgebieten durchgeführt werden, um Präsenz zu zeigen
- Vorbereitung von Medienkampagnen

Der Beirat fördert Arbeitsgruppen zu verschiedenen Schwerpunktthemen. Diese AGs sollen eigenständig arbeiten können und ihre Anregungen und Ergebnisse in die öffentliche Diskussion und das Bündnis einbringen

Das Bündnis soll insbesondere zivilgesellschaftliches Engagement anregen. Dazu dient z.B. der Informationspool

Hinsichtlich der Finanzierung von Projekten sollen aber auch Wirtschaft, Verbände und Medien in die Pflicht genommen werden.

Das Bündnis wird auf die Bereitschaft von Prominenten Hinwirken, öffentlich Stellung zu nehmen, an Orten von Überfällen oder Beispielen positiver gesellschaftlicher Aktivitäten „Vor-Ort-Präsenz“ zu zeigen, „best-Practice-Modelle“ zu unterstützen oder Opfer von Überfällen zu besuchen.

Bisherige Maßnahmen im Rahmen des Bündnisses:

- Auftaktveranstaltung am 23.05.2000 in Berlin, über 100 Initiativen stellen sich und ihre Projekte bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt vor. Grenzüberschreitender Lauf am 15.07.2000 von Slubice (Polen) nach Frankfurt/Oder unter dem Bündnis-Motto als Auftakt der Initiative der Sportministerkonferenz „Meile 2000 für Toleranz“. Weitere Läufe sollen folgen.
- Unter dem Motto „Gemeinsam gegen Fremdenhass“ am 05.09.2000 Benefiz-Basketballspiel zugunsten der Opfer des Bombenanschlags von Düsseldorf.
- Vorstellung des Victor-Klemperer-Jugendwettbewerbs am 25.09.2000 als gemeinsames Projekt des BMI mit der Dresdener Bank und dem AufbauVerlag unter dem Dach des Bündnisses.
- „Jugend gegen Gewalt“ – Podiumsgespräch des BMI mit Berliner Jugendlichen und Pädagogen anlässlich der Präsentation des neuen Computerspiel „Dunkle Schatten 3“ unter Beteiligung von Vertretern des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ am 23.11.2000 in Berlin Freizeit- und Erholungszentrum in der Wuhlheide.

Jährlich wird das Bündnis am Verfassungstag (23.05.) ein Treffen veranstalten, das die Ergebnisse seiner Aktivitäten und den Stand der Politischen Entwicklung in seinem Aufgabenbereich öffentlich darstellt und bei dem ein Best-Practice-Preis verliehen werden könnte.

Einstimmig mit 25: 0 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss folgenden Beschluss:

1. Die Stadt tritt dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ mit der am 23.Mai 2000 in Berlin durch Mitglieder der Bundesregierung vorgestellten

ten Zielsetzung, „den demokratischen Verfassungskonsens zu bekräftigen und zu erneuern“ bei.

2. Die Stadt begrüßt Absichten der demokratischen Parteien und gesellschaftlicher, sowie bürgerschaftlicher Initiativen und Akteure, durch Aufklärungs- und Medienkampagnen die Öffentlichkeit gegen politischen Extremismus in seinen unterschiedlichen Ursachen und Zielrichtungen sowie gegen Fremdenfeindlichkeit zu sensibilisieren.
3. Die Stadt unterstützt solche Aktionen in ideeller Hinsicht und durch Beteiligung ihrer gewählten Repräsentanten bei geeigneten Anlässen.

TOP 9

Verschiedenes

Öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

TOP 10

Wünsche und Anfragen

öffentlich

- a) Stadträtin Portenlänger äußerte den Wunsch, auf den Beitritt zum Bündnis siehe TOP 8 Taten folgen zu lassen und z.B. ein „Fest der Nationen“ auf dem Marienplatz zu veranstalten. Organisator könnte der Verein Ausländerhilfe mit Unterstützung der Stadt sein.

Stellvertr. Bürgermeisterin Anhalt bemerkte, dass bereits für März ein Fest im Kuhstall auf Initiative der Landkreis-Agenda geplant ist.

Weiter wurde darauf hingewiesen, dass der Spielmannszug auch ein Fest dieser Art plant.

- b) Stellvertr. Bürgermeisterin Anhalt bat noch um Sachstandsmitteilung betreffend Neuverpachtung Weinstube.

Bürgermeister Brilmayer musste leider dazu feststellen, dass die Realisierung des geplanten Franz. Restaurants aufgrund hoher Kosten des Lüftungsumbaus in Frage steht.

Derzeit wird jedoch noch eine weitere Lösungsvariante geprüft.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 21.40 Uhr

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Ebersberg, 30.01.2001

Brilmayer
Sitzungsleiter

Schamberger
Schriftführerin